



**Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen
betreffend erneute Aufruhr auf den Zuger Handelsplatz: Paradise Papers und Krypto-
Skandale
vom 18. Mai 2018**

Die Fraktion Alternative - die Grünen hat am 18. Mai 2018 folgende Interpellation eingereicht:

Innert zweier Tage wurde der Kanton Zug von zwei Skandalen heimgesucht: zu Bastos und dem Krypto-Token Envion. Der erste ist eine Zuspitzung des Paradise-Papers-Skandal, der Zug wegen Glencore und Quantum Global (<https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/standardpolizei-durchsucht-bueros-von-bastos/story/10107803>) besonders stark betrifft. Zum zweiten titelte die NZZ «Im Zuger Crypto Valley scheitert mit Envion ein weiteres „Gross-ICO“ (Initial Coin Offering)». Ein Zwischentitel stellt die Frage: «Ein Reputationsproblem für Zug?» (<https://www.nzz.ch/finanzen/fonds/im-zuger-krypto-valley-scheitert-mit-envion-ein-weiteres-gross-ico-ld.1386597>)

Beide Skandale betreffen Themen, zu der wir die Regierung in zwei Interpellationen vom 6. November 2017 (Paradise Papers, Vorlage Nr. 2800) und vom 23. Januar 2018 (Digital Valley oder Crypto Valley, Vorlage Nr. 2820) befragt haben. Im Lichte der jüngsten Ereignisse erscheinen die regierungsrätlichen Antworten besonders verharmlosend und ausweichend.

Wir stellen deshalb neue Fragen und präzisieren einige der alten. Im Falle von Überschneidungen zur am 17. Mai 2018 eingereichten Interpellation (Vorlage Nr. 2876), kann auch auf diese verwiesen werden:

1. Fehlen dem Regierungsrat nach all dem was passiert und bekannt geworden ist, immer noch die Fakten, um zu Glencore und Quantum Global inhaltliche Aussagen zu machen und entsprechend zu handeln?
2. Hat er mindestens mit dem Präsidenten der Selbstregulierungsorganisation (SRO), der gleichzeitig mit der Quantum-Global-Gruppe verhandelt ist, und mit der Glencore bezüglich der Korruptionsvorwürfe im Kongo Kontakt aufgenommen?
3. Ist er bereit, den Zuger Vertretern in der Bundesversammlung die Botschaft zu übermitteln, dass die Konzernverantwortungsinitiative und der vorliegende Gegenvorschlag der Reputation des Kantons Zug dienlich sind?
4. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus dem Envion-Ende?
5. Ist er immer noch der Meinung, dass Kryptowährungen ein verantwortbares Risiko sind?
6. Hält er auch nach dem Envion-Ende an Entscheid des Handelsregisteramtes, Kryptowährungen als Zahlungsmittel zu akzeptieren, fest?
7. Findet er das nicht zu riskant? Befürchtet er nicht, damit Kryptowährungen einen Persilschein zu gewähren, den sie nicht verdienen?

8. Ist er angesichts der Rolle des Präsidenten der Selbstregulierungsorganisation (SRO) bei Quantum-Global immer noch überzeugt, dass diese ernsthaft Bitcoin-Firmen kontrollieren wollen und auch können?
9. Lehnt er unseren Vorschlag, statt ein Crypto Valley samt Kryptowährungen ein Digital Valley, das diese ausschliesst und sich auf Blockchain konzentriert, zu fördern, weiterhin ab?
10. Fürchtet der Regierungsrat nicht, dem Kanton Zug neben den Reputationsrisiken Rohstoffhandelsplatz und Steuerumgehungs-Zentrum noch ein drittes zu bescheren?
11. Befürchtet er nicht, die Errungenschaften der 1990er Jahre mit der entschiedenen Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, der Absage an Risiko-Firmen (insbesondere Ost-Mafia, dem Ausbau der Wirtschaftspolizei und dem Zuger Engagement für ein Geldwäschereigesetz auszuhebeln?

Wir bedanken uns beim Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen.